

Pressemitteilung BUND-Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

BUND bezweifelt die Rechtmäßigkeit des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben

Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg hat den Regionalplan Bodensee-Oberschwaben genehmigt. Herausgenommen wurden vier interkommunale Gewerbeflächen in Friedrichshafen, Pfullendorf, Kißlegg und Leutkirch und der geplante Kalksteinabbau im Donautal. Das ist aus Sicht des BUND zumindest ein kleiner Teilerfolg.

Trotzdem bleibt ein großer Widerspruch zwischen den Zielen und Vorgaben aller politischen Ebenen zum Klimaschutz und zum Flächenverbrauch. So wird der Wohnbauflächenbedarf im Regionalplan bis 2035 mit ca. 1.000 Hektar definiert, für Industrie und Gewerbe wird ein Bedarf von ca. 1.200 Hektar angenommen. Für Straßen sind 300 Hektar überplant. Es wird ignoriert, dass wir in diesem Zeitraum den Flächenverbrauch in unserer Region auf etwa 1.250 Hektar halbieren müssen, um die Nachhaltigkeitsziele des Landes und Bundes einzuhalten“, bedauert Ulfried Miller, Regionalgeschäftsführer des BUND Bodensee-Oberschwaben.

Die Auswirkungen des neuen Regionalplanes auf den Klimaschutz sind noch immer nicht ermittelt und aufgezeigt, obwohl sie erheblich sind und dadurch auch die Ziele der EU und unserer Landes- und Bundesgesetze zum Klimaschutz deutlich verfehlt werden. So wird der Kohlendioxid-Ausstoß durch Bebauung steigen und über 2.500 Hektar Böden zur Kohlenstoffbindung gehen durch Überbauung verloren. Hier sind bei vorsichtiger Schätzung über 350.000 Tonnen CO₂ gebunden. Diese Flächen fehlen auch für die Wasserrückhaltung und den Anbau von Nahrungsmitteln. Auf diese Mängel hat der BUND im Genehmigungsverfahren immer wieder hingewiesen.

Auch beim Kiesabbau wird an den zurecht umstrittenen drei Abbauvorhaben im Altdorfer Wald festgehalten – obwohl Alternativen vorhanden sind. Immerhin sind in der Region über 60 Abbauflächen vorgesehen.

Nach Ansicht eines Rechtsgutachtens, das der BUND Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hat, und das dem Ministerium seit eineinhalb Jahren vorliegt, bestehen erhebliche Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Regionalplanes. „Wir werden die Plangenehmigung deshalb genau prüfen lassen“, erklärt BUND-Sprecher Ulfried Miller.

Ravensburg, 7.9.2023

Rückfragen:

Ulfried Miller, BUND-Regionalgeschäftsstelle Ravensburg, Telefon 0751/21451, E-Mail ulfried.miller@bund.net , www.bund-bodensee-oberschwaben.de